



HESSISCHER LANDTAG

26. 03. 2019

SIA

Berichtsantrag

**Lisa Gnadl (SPD), Ulrike Alex (SPD), Frank-Tilo Becher (SPD),
Wolfgang Decker (SPD), Dr. Daniela Sommer (SPD) und Fraktion**

Rückholquoten beim Unterhaltsvorschuss

Presseberichten ist zu entnehmen, dass in mehreren hessischen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten die Rückholquoten beim Regress von Unterhaltsvorschusszahlungen stark gesunken sind. Gleichzeitig ist der Internetseite des Regierungspräsidiums Kassel, dem die Fachaufsicht für die Unterhaltsvorschusskassen obliegt, zu entnehmen, dass es das erklärte politische Ziel der Landesregierung ist, „dafür Sorge zu tragen ist, dass die Unterhaltspflichtigen in Anspruch genommen werden“. Auch im Koalitionsvertrag von CDU und Grünen ist vereinbart, die Rückholquote bei den Jugendämtern im Bereich Unterhaltsvorschuss verbessern zu wollen.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Soziales und Integration (SIA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie hoch war die Anzahl unterhaltspflichtiger Elternteile im Zeitraum 2013 bis 2018, die ihren Unterhaltsverpflichtungen nicht oder nur teilweise nachgekommen sind (aufgeschlüsselt nach Jahr, Landkreisen bzw. kreisfreien Städten und Geschlecht)?
2. Wie hoch war in diesem Zeitraum die Summe der säumigen Unterhaltszahlungen (aufgeschlüsselt nach Jahr, Landkreisen bzw. kreisfreien Städten und Geschlecht)?
3. Wie hoch waren in diesem Zeitraum die Rückholsummen und die Rückholquote in Bezug auf die geleisteten Unterhaltsvorschusszahlungen (aufgeschlüsselt nach Jahr und Landkreisen bzw. kreisfreien Städten)?
4. Wie hat sich nach Einschätzung der Landesregierung die Ausweitung des Unterhaltsvorschusses seit dem Jahr 2017 auf diese Entwicklung ausgewirkt?
5. Durch welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung in den letzten 5 Jahren ihren politisch formulierten Willen zur Steigerung der Rückholquoten umgesetzt (Anzahl, Art und Qualität der Beratungen der Jugendämter; Anzahl, Umfang, thematische Schwerpunkte und Zielgruppen von Schulungen und Fortbildungsveranstaltungen; Anzahl und thematische Schwerpunkte von schriftlichen Hinweisen; Anzahl und thematischer Schwerpunkt von Arbeitssitzungen mit Vertretungen der Jugendämter)?
6. Wie unterscheiden sich die Rückholquoten im Land Hessen in den Jahren 2013 bis 2018 vom bundesdeutschen Durchschnitt und den Rückholquoten der übrigen Bundesländer?
7. Wie bewertet die Landesregierung diese Unterschiede nach Frage 6?
8. Wie bewertet die Landesregierung das Verfahren des Landes Bayern zum Unterhaltsregress?
9. Welche Hindernisse bestehen beim Austausch der verschiedenen Behörden (z.B. Datenaustausch), um die Rückholquote zu erhöhen?
10. Welche Anstrengungen unternimmt die Landesregierung, um eine bundesweit einheitliche Vorgehensweise und Zusammenarbeit beim Unterhaltsregress zu ermöglichen?

11. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um die im Koalitionsvertrag von CDU und Grünen angestrebte Verbesserung der Rückholquote zu erreichen?

Wiesbaden, 26. März 2019

Der Fraktionsvorsitzende:
Thorsten Schäfer-Gümbel

Lisa Gnadl
Ulrike Alex
Frank-Tilo Becher
Wolfgang Decker
Dr. Daniela Sommer